



Die deutschen Unternehmen setzen große Hoffnungen in den neugewählten US-Präsidenten Joe Biden. Dies geht aus einer Umfrage der "Süddeutschen Zeitung"

("SZ", Mittwochsausgabe) unter Managern und Unternehmern hervor. Von der neuen US-Präsidentschaft erwarte er, dass es wieder einen "konstruktiveren Dialog zwischen den USA und Europa" gebe, vor allem im Hinblick auf faire Handelsbeziehungen, sagte etwa der Chef des Autozulieferers Webasto, Holger Engelmann, dem Blatt.

Die Verschlechterung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU unter Präsident Donald Trump hatte Engelmann nach eigenen Worten zuletzt "mit großer Sorge verfolgt".

Der geschäftsführende Gesellschafter der Unternehmensgruppe Tengemann, Christian Haub, zeigte sich "sehr zufrieden" mit dem Wahlausgang in den USA. Die Wahl Bidens und seiner

Vize-Kandidatin Kamala Harris helfe dem "internationalen Ansehen der USA". Er sei "sicher, dass es zu einer Rückkehr von Amerika als verlässlicher Partner der westlichen Welt kommen wird", sagte Haub der "SZ". Tengelmann werde sich "wieder mit größerer Begeisterung in den USA engagieren".

Der Chef der VW-Nutzfahrzeugholding Traton, Matthias Gründler, erhofft sich vor allem Fortschritte beim Klimaschutz: Die Kooperation der USA sei "elementar, wenn wir beim Klimaschutz weltweit an einem Strang ziehen wollen".

Auch Siemens-Energy-Chef Christian Bruch setzt auf einen gemeinsamen Kampf mit den USA gegen den Klimawandel. Der von Biden angekündigte Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen wäre nach seinen Worten "ein wichtiges internationales Signal".

Bayer-Chef Werner Baumann sagte der "SZ": "Wir gratulieren Joe Biden und Kamala Harris zur Wahl. Wir hoffen, dass es ihnen gelingt, ideologische Gräben zu überbrücken und den Geist der Kooperation zu stärken – in den USA wie auch in den internationalen Beziehungen." Nur gemeinsam lasse sich Herausforderungen wie der Klimawandel, die Corona-Krise sowie der dramatisch steigende Hunger in der Welt begegnen.

Unter Trump hatten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der EU deutlich verschlechtert, unter anderem durch die Verhängung von US-Strafzöllen auf Importe von Stahl und Aluminium. Trump übte massive Kritik am deutschen Exportüberschuss im bilateralen Handel und drohte mit Strafzöllen auch auf die Einfuhr von Autos aus der USA, was vor allem die deutschen Hersteller getroffen hätte. Diese Drohung setzte Trump allerdings nicht um. Foto-

[Gag](#)

[e Skidmore](#)

, wikimedia commons.